Dienstag, 9. Januar 1923 · 71. Jahrgang Nr. 13

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer 25 M.

Mit Berliner Familien-Zeitung
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags u. Montags einmal. Abonnementspreis einschliesslich zweimaliger Zustellung ins Haus M. 230.— wöchentlich, M. 1000.— monatlich im voraus zahlbar. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Insertionspreis die 12gespaltene Zeile Mark 300.—; Stellengesuche Mark 100.—; Familien-Anzeigen für Abonnenten Mark 100.— die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort Mark 60.—, das fettgedruckte Wort Mark 80.—. Haupt-Expedition: SW Jerusalemer Str. 46—49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 3440 bis 3455; für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4200. Telegramm-Adresse: „Vanzet", Berlin. — Rudolf Mosse-Code — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 57-68, Wiener Strasse 1-6, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 345, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 197, Kochhannstrasse 9, Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

BERLIN VERÄNDERLICH 755

Rheinsberger Str. 79, Fennstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 61, Königstr. 56-57, Rosenthaler Str. 48, Rathenower Str. 5, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 33, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 59, Blücherstr. 69, Fidicinstr. 9; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr. 39, Nürnb. Str. 25-26, Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenpl., Lichtenberg: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94, Kaiser-Friedrich-Strasse 247-48, Pankow: Bornholmer Str. 1, Schmargendorf: Breite Strasse 3; Schöneberg: Hauptstrasse 23-24, Martin-Luther-Strasse 9, Steglitz: Albrechtstrasse 130, Tempelhof: Berliner Strasse 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weissensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 15; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21-22; Cöpenick: Schlossstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradepl. 8.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Schnelldienst

Im Reichsarbeitsministerium haben gestern die neuen Besprechungen über die Lohnforderungen der Bergarbeiter begonnen. Da keine Einigung erzielt werden konnte, ist ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz des badischen Arbeitsministers Engler eingesetzt worden.

Die Reparationskommission hat gestern die deutschen Kohlensachverständigen angehört; heute findet eine neue Sitzung statt.

Die belgische Teilnahme an der Ruhrbesetzung steht jetzt fest.

Präsident Harding hat schwere Bedenken gegen eine Zurückziehung der amerikanischen Rheinlandtruppen.

Für heute wird eine Sitzung des englischen Gesamtkabinetts erwartet.

Die spanische Zeitung „El Sol" beschuldigt Frankreich, den Kriegszustand verewigen zu wollen.

Die österreichisch-ungarischen Verhandlungen in Budapest haben erfolgreich geendet.

Heute beginnt in Warschau eine Konferenz sämtlicher früherer Finanzminister Polens.

Die Stettiner Hafenarbeiter sind wegen Lohndifferenzen in den Ausstand getreten.

Dem Reichstag ist ein Entwurf über die Wiedereinführung des Bankgeheimnisses zugegangen.

Die deutsch-litauischen Wirtschaftsverhandlungen werden voraussichtlich noch in dieser Woche zum Abschluß gebracht.

Wie jetzt bekannt wird, hat Ernst Werner Techow einen Fluchtversuch aus der Strafanstalt Sonnenburg geplant. Der Oberreichsanwalt hat Techow zu einem weitgehenden Geständnis genötigt.

Der Raubmordversuch an der Witwe Puppe in Steglitz ist aufgeklärt. Die Arbeiterin Marie Seidel und der Dreher Matzat sind als Täter verhaftet.

Die städtische Verkehrsdeputation hat den Antrag der Direktion auf Erhöhung des Straßenbahn-Tarifs auf 120 Mark abgelehnt.

Dollar: New-Yorker Parität 10 000

Techows Fluchtplan

Der Landesverräter als Komplize — Geschickte Taktik
Die schweigsamen Behörden

Wie erst jetzt bekannt wird, hat der zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte Rathenau-Mörder Ernst Werner Techow vor 14 Tagen im Zuchthaus Sonnenburg gemeinsam mit einem anderen Strafgefangenen, einem früheren Fliegerleutnant Schauer, einen Fluchtversuch entworfen, dessen Ausführung allem Anschein nach im letzten Augenblick verhindert worden ist.

Wir erfahren darüber die folgenden Einzelheiten: Techow war nach Abschluß seines Prozesses vor dem Staatsgerichtshof zur Verbüßung seiner Strafe sofort nach Sonnenburg übergeführt worden, wo er mit Mattenflechten beschäftigt wurde. Bei dieser Arbeit ist es Techow gelungen, in nähere Verbindung mit einem anderen Insassen des Zuchthauses, den früheren Fliegerleutnant Schauer, der im Kriege wegen Landesverrats zu einer längeren Zuchthausstrafe verurteilt war, zu treten. Techow hat die Flucht offenbar in ganz raffinierter Weise betrieben, da er an seine Mutter Briefe richtete, in denen er ihr mitteilte, daß er sich mit seinem Schicksal ausgesöhnt habe und die Strafe reuig hinnehmen wolle. Techow weigerte sich sogar, einen seiner Verteidiger im Leipziger Prozeß zu empfangen, da er, wie er ebenfalls betonte, die Zuchthausstrafe verbüßen wolle, ohne ein Gnadengesuch zu machen.

Die zuständigen Behörden verweigern allerdings über die Art und Weise, wie es Techow und Schauer gelungen ist, mit der Außenwelt in Verbindung zu treten, noch alle Angaben. Jedenfalls war es Schauer gelungen, sich in den Besitz ziemlich ausreichender Geldmittel zu setzen, die er in dem Strohsack seiner Zelle verborgen hielt.

Weiter war es beiden Gefangenen gelungen, die Kopie eines Grundrisses des Zuchthauses zu erhalten, deren sie bedurften, um an den einzelnen Posten vorbeizukommen. Unvorsichtigerweise ließ Techow im Arbeitssaal eine Aeußerung fallen, daß er nicht mehr lange in der Strafanstalt bleiben werde. Diese Bemerkung wurde von einem der Gefangenen dem Aufseher gemeldet und dieser informierte den Direktor der Strafanstalt, der seinerseits das Reichsgericht in Kenntnis setzte.

Oberreichsanwalt Ebermayer begab sich persönlich nach Sonnenburg, und es gelang ihm, in stundenlangem Verhör Techow zu einem Geständnis zu veranlassen. Allerdings weigerte sich Techow, über die Hintermänner, die ihm und Schauer nach der Flucht behilflich sein wollten, nähere Einzelheiten anzugeben. Er räumte aber ein, daß für den Fall des Gelingens sowohl Schauer als er selbst die Grenze auf dem schnellsten Wege passiert hätten. Die Direktion des Zuchthauses in Sonnenburg bestreitet energisch, daß die Gefangenenaufseher von dem Fluchtplan etwas gewußt und ihn begünstigt hätten. **Es sei vorläufig noch vollkommen unaufgeklärt, wie Schauer, den Techow offenbar nur vorgeschoben hat, in den Besitz des Geldes und der Pläne gekommen ist.**

Ruhreinmarsch — Bruch des Friedensvertrages

Erklärungen des Reichskanzlers an die amerikanischen Journalisten

Das Reichskabinett hat gestern im Anschluß an die Berichterstattung des Staatssekretärs Bergmann eingehende Beratungen gepflogen. Wenn der Plan Poincarés, das Ruhrgebiet oder auch nur die engere Umgebung von Essen zu besetzen, zur Ausführung kommen sollte, so wird man vor einer überaus ernsten Lage stehen. Die Reichsregierung versucht nach Möglichkeit, alle Komplikationen, die entstehen könnten, zu verhindern. Sie bewahrt Ruhe und Entschlossenheit im Bewußtsein unseres guten Rechts, und hofft, daß auch die Bevölkerung überall die gleiche Ruhe und Würde zur Schau tragen wird. Sie hegt jedoch nicht den mindesten Zweifel darüber, daß ein Vorgehen Frankreichs gegen das Ruhrgebiet als schwere Verletzung entscheidender Artikel des Versailler Vertrages und damit als schwerer Bruch dieses Vertrages angesehen werden müßte. Die Gegenmaßnahmen Deutschlands und die Folgerungen, die aus dem französischen Vorgehen gezogen werden müßten, würden allerdings von dem Ausmaß des französischen Vorgehens bestimmt werden. Ueber die einzelnen Möglichkeiten, die sich ergeben könnten, besteht innerhalb der Reichsregierung völlige Einmütigkeit.

*

Reichskanzler Dr. Cuno empfing gestern die Berliner Vertreter der amerikanischen Depeschenagenturen und gab ihnen folgende Erklärungen:

Die alliierten Ministerpräsidenten haben bei ihren Pariser Beratungen über die Reparationsfrage **unsere Vorschläge nicht hören wollen** und über ihre eigenen Vorschläge sich nicht einigen können. Die Lösung des Problems ist von neuem aufgeschoben. **Frankreich** scheint sich zu dem Versuche anzuschicken, seine Ansprüche **im Wege des Zwanges, der Gewalt durchzusetzen.**

Dabei hat es den Anschein, als ob man in einigen Kreisen Frankreichs wirklich glaubt, durch solchen Zwang Reparationsleistungen von uns erhalten zu können. Ich habe schon in meiner Hamburger Rede gesagt, daß **jede Zwangsmaßnahme den Tod der wirtschaftlichen Reparationen bedeuten würde.** Das kann ich heute nur mit größtem Ernst und Nachdruck wiederholen. Denn so sehr wir bereit waren **und es auch heute noch sind,** freiwillig und gestützt auf unsere Wirtschaft mit unseren Leistungen bis an die Grenze unserer wirtschaftlichen und finanziellen Kraft zu gehen, so wenig sind wir willens, uns irgend einem Zwange zu beugen. Unsere Bereitschaft zur freiwilligen Leistung des Möglichen haben wir durch die Tat bewiesen. Wir haben damit das Unsrige getan und sind zum Frieden bereit. Das deutsche Volk wird aber, wenn es sein muß, ebenso entschlossen den Weg des Leidens gehen. Unter Druck und Drohung werden wir nicht handeln.

Wir können der Gewalt nicht mit Gewalt entgegentreten. Was wir aber in voller Entschlossenheit und in voller Uebereinstimmung mit dem deutschen Volke tun können, das ist, die wirtschaftliche Unvernunft und die Rechtlosigkeit des französischen Vorhabens der Welt in ihrem wahren Lichte zu zeigen. **Gewalt bleibt Gewalt.** Frankreich versucht, die geplante Aktion mit dem Schein des Rechts zu umkleiden, indem es von Sanktionen und Pfändern spricht, die in den Bestimmungen des Versailler Vertrages ihre Stütze haben sollen. Aber der Vertrag von Versailles, so ungeheuerlich er auch sonst ist, geht nicht so weit, den Alliierten beliebige Eingriffe auf deutsches Gebiet zu gestatten. Zur Sicherung ihrer Forderungen aus dem Vertrage, namentlich zur Sicherung der Reparationsforderungen, halten die Alliierten für bestimmte Zeit das Rheinland besetzt, eine Garantie, wie sie stärker und drückender wohl in keinem Friedensvertrage zwischen Kulturvölkern festgesetzt worden ist. **Wenn Frankreich jetzt auf eigene Faust noch weiter gehen will, wenn es im besetzten Gebiet sich nicht in den Schranken des das Besatzungsrecht regelnden Abkommens halten, oder wenn es sogar seine Hand noch über das Rheinland hinaus auf unbesetztes deutsches Gebiet legen will, so ist das nicht die Ausübung eines vertraglichen Rechts, sondern ist Vertragsbruch und Gewalt gegen ein wehrloses Volk.**

*

In französischen maßgebenden Kreisen ist, wie aus Paris gemeldet wird, man mit Mitteilungen über die bevorstehende Operation im Ruhrgebiet außerordentlich zurückhaltend. Es wird erklärt, daß eine endgültige Entscheidung über die Form und vor allen Dingen über das Datum des Beginns der Operation noch nicht getroffen sei.

Die deutschen Kohlensachverständigen vor der Repko

Vertagung der Sitzung auf heute

Paris, 8. Januar. (E. E.)

Die Reparationskommission trat heute um 3 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen, um die deutschen Sachverständigen in der Frage der Kohlenlieferungen anzuhören. Der französische Text des Verhandlungsberichts erwähnt, daß in eingehender Aussprache, die bis 6 Uhr 20 Minuten dauerte, die Mitglieder der Kommission, die vollzählig vertreten waren, mit den deutschen Delegierten debattierten. Anwesend waren von deutscher Seite die Herren Walmischrath, Bromkowsky, Geheimräte Rappel und Richter sowie die Mitglieder der Kriegslastenkommission v. Oertzen, Fischer und Dr. Meyer. Die Reparationskommission faßte den Beschluß, morgen noch den Direktor des Kohlensyndikats, Lübsen, um 9 Uhr 30 Minuten anzuhören, da dieser heute nicht in Paris eintreffen konnte. Der Sitzungsbericht erwähnt, daß die Mitglieder der Kommission ihrem Erstaunen darüber Ausdruck gegeben hätten, von Deutschland keine neuen Vorschläge vorgelegt zu erhalten. Bradbury äußerte sich am Schluß der Sitzung dahin, daß er sich seine Meinung bis morgen vorbehalte, sobald er die Aeußerungen Lübsens kennen werde. Die Reparationskommission steht auf dem Standpunkt, daß wenigstens 14 bis 15 Prozent weniger Kohlen geliefert wurden, als Deutschland aufgetragen worden sei. Die Italiener sollen ebenfalls für den französischen Standpunkt gewonnen sein und die Verfehlung Deutschlands bejahen.

*

Der Arbeitsminister Le Trocquer redigierte eine Erklärung, die eine Widerlegung der durch das Wolff-Bureau verbreiteten deutschen Behauptungen, betreffend der deutschen Kohlenlieferungen darstellt. Dieses Dokument wurde von Le Trocquer Poincaré zugestellt, der es an Barthou weiterleitete.

Der gestrige Kabinettsrat in Paris

Poincaré gegen eine Interpellationsdebatte

Paris, 8. Januar. (E. E.)

Die Minister und Unterstaatssekretäre traten heute zu einem Kabinettsrat unter dem Vorsitz Poincarés zusammen. Der Kabinettsrat besprach die Organisierung der parlamentarischen Arbeiten nach dem Wiederzusammentritt der Kammer. Am Dienstag werden die Präsidentenwahlen in der Kammer und im Senat stattfinden. Am Mittwoch wird der Senat das Gesetz über die Banque industrielle de Chine in Beratung nehmen. Am Donnertag wird Poincaré zuerst vor der Kammer, dann vor dem Senat kurze Erklärungen über die auswärtige Politik der Regierung abgeben. Gleichzeitig wird er fordern, daß keine Interpellationsdebatte stattfinden solle, sondern daß diese verschoben werden möge, bis „die Ereignisse, die sich infolge des Abbruchs der Pariser Konferenz als notwendig erwiesen, ihren logischen Abschluß gefunden hätten". Poincaré wird fordern, daß über diesen Vertagungsantrag eine Abstimmung stattfindet, die von der Regierung als Vertrauensvotum aufgefaßt werden soll. Beim Verlassen des Ministerrats erklärte Poincaré den Journalisten: „Man wird nicht einen einzigen Eisenbahner und nicht einen Soldaten mobilisieren."

Der Eindruck in England

Amtliche Verurteilung Frankreichs

London, 8. Januar. (W. T. B.)

Die Blätter heben die Ungewißheit hervor, die bezüglich der französischen Vormarschpläne herrscht, weisen jedoch darauf hin, daß die Vorbereitungen dazu mit fieberhafter Eile betrieben werden. Der heutige tiefe Sturz der Mark und auch das Fallen der übrigen Währungen, insbesondere des französischen Franken erregen in der Presse großes Aufsehen. Ein Abendblatt spricht von dem französischen Schlag gegen

„Pall Mall and Globe" zufolge wird die Haltung der Franzosen in amtlichen Kreisen verurteilt. Ueberall in England gewinnt die Ansicht an Boden, daß Frankreich entschlossen sei, das zu nehmen, was es nehmen könne, ohne irgendwelche Rücksichten auf die Folgen. Bonar Law warte die Ereignisse ab. Es herrsche die Ueberzeugung, daß Frankreich der Hauptleidtragende sein werde. Die britischen Staatsmänner seien jedoch wegen der für Europa drohenden Gefahr tief besorgt.

Reuter berichtet aus Paris, wenn die Reparationskommission morgen vormittag einen vorsätzlichen Verzug seitens Deutschlands in der Frage der Kohlenlieferung feststelle, so erscheine es sicher, daß Frankreich nicht bis zum 15. Januar warten werde, um Garantien zu ergreifen, und die Welt werde